

*Urs Müller-Plantenberg**
Die mögliche historisch-politische Bedeutung der dritten Großen Depression

»Jetzt sind wir alle Keynesianer.«

Richard Nixon 1972

»Vor sieben Jahren befanden wir uns allein in der Welt mit unserer festen antikommunistischen Haltung gegenüber dem sowjetischen Imperialismus und mit unserem entschiedenen Eintreten für ein System der sozialen Marktwirtschaft, entgegengesetzt dem sozialisierenden Etatismus, der in der westlichen Welt vorherrschte. ...

Vor sieben Jahren waren wir fast allein. Heute nehmen wir teil an einer weltweiten kategorischen Tendenz. Und ich sage Ihnen, meine Herren: Wer seine Vorstellungen geändert hat, das ist nicht Chile!«

Augusto Pinochet am 11. März 1981 am Ende seiner Ansprache anlässlich der Übernahme der chilenischen Präsidentschaft für eine neue Amtszeit

Es ist nicht zu bezweifeln, daß wir in einer Periode einer neuen Großen Depression leben oder – wie Ernest Mandel und andere sagen würden¹ – in einer Periode einer langen Welle mit einem Grundton relativer Stagnation, einer Periode also, in der die zyklischen Krisen der Produktion und des Handels heftiger werden und länger dauern als in den Perioden langer Wellen mit expansivem Grundton.

Uns interessiert hier nicht, die Forschungen über die sogenannten Kondratieff-Zyklen² methodologisch zu diskutieren; und wir wollen auch nicht über das genaue Datum streiten, mit dem der letzte Zyklus begonnen haben mag. Für die Zwecke dieses Artikels genügt es zu wissen, daß wir uns zu Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts mitten in einer Großen Depression befinden. Wir möchten nun gern wissen, welche Auswirkungen diese neue Krisenperiode auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der verschiedenen nationalen Wirtschaften, auf die Beziehungen zwischen ihnen und auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik haben könnte. Das heißt, wir wollen dazu kommen, eine These über die mögliche historisch-politische Bedeutung der neuen Großen Depression zu formulieren.

* Urs Müller-Plantenberg arbeitet als Wissenschaftlicher Angestellter am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. Der vorliegende Artikel ist die Übersetzung eines Vortrags, der Anfang April 1981 in Caracas/Venezuela in einem internationalen Seminar über die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf Lateinamerika gehalten wurde.

Dazu ist es unvermeidlich, einen Blick auf die beiden ersten langen Perioden zu werfen, die unter den Historikern des entwickelten Kapitalismus als Große Depressionen bekannt sind, nämlich das letzte Viertel des vergangenen Jahrhunderts (genauer die Zeit zwischen 1873 und 1896) und die Zeit zwischen den (ersten) beiden Weltkriegen (also zwischen 1914/18 und 1939/45). Unvermeidlich erstens, weil wir nur so erkennen können, daß jede dieser Großen Depressionen tiefgreifende qualitative Veränderungen in der sozialen Organisation der kapitalistischen Gesellschaften und in der Struktur des Weltmarkts zum Ergebnis gehabt hat, und zweitens, weil der Inhalt dieser tiefgreifenden Veränderungen auf die eine oder andere Weise die mögliche historisch-politische Bedeutung der gegenwärtigen Großen Depression bestimmen muß.

I. Die erste Große Depression 1873 - 1896 und ihre Ergebnisse

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts endete eine Epoche, die mit Recht die »Blütezeit des Kapitals« genannt worden ist.³ In den Jahren nach den Revolutionen von 1848 erlebte der Industriekapitalismus nicht nur in Großbritannien, das weiterhin das Zentrum eines wachsenden Welthandels war, sondern auch in den USA, in Deutschland und anderen europäischen Ländern einen Aufstieg, wie man ihn vorher nirgends gekannt hatte. Dieser Aufstieg vollzog sich auf der Grundlage der systematischen Anwendung und Entwicklung schon lange bekannter Techniken: Die Kohle diente als Hauptenergiequelle, Eisen und Stahl als Hauptmaterial für den Maschinenbau und die Dampfmaschine als wichtigste Bewegungsmaschine. Mit dem Bau eines Eisenbahnnetzes von Tausenden von Kilometern in aller Welt und einer enormen Zunahme der Dampfschifffahrt wurde dieser Aufstieg außerdem von einer Revolution des Verkehrssystems begleitet. Sie erlaubte die zunehmende Integration vieler kolonialer und halbkolonialer Länder in den kapitalistischen Weltmarkt in dem Maße, in dem diese Länder zu Produzenten und Exporteuren von Rohstoffen für die Industrieproduktion und für die Ernährung der Bevölkerung in den Industrieländern wurden. Die relativ niedrigen Löhne machten eine ziemlich hohe Profitrate möglich. Der Freihandel und eine Politik der Nichtintervention des Staates in die Wirtschaft erschienen als Garantien für eine ununterbrochene wirtschaftliche Expansion. In den meisten europäischen Ländern hatte es zwar der politische Liberalismus nicht erreicht, die politische Macht aus den Händen der konservativen Kräfte zu erobern - und das vor allem wegen seiner natürlichen Angst vor einer sozialen Revolution -, aber die Prinzipien des Liberalismus wurden von den Regierungen allgemein akzeptiert, wenn diese sich auch das Recht vorbehielten, der Aristokratie einige Privilegien zu garantieren, die ihnen wichtig erschienen.

Mit der ersten Großen Depression ändert sich die Geschichte. In den verschiedenen Industrieländern entwickelte sich die Depression als eine Folge mehrerer Krisen der Überakkumulation auf der Grundlage der alten Technologien der Kohle und der Dampfmaschine, während die neuen, auf Elektrizität, Verbrennungsmotor und bestimmten chemischen Prozessen beruhenden Technologien noch nicht genügend weit entwickelt waren, um eine ganze Welle großer und gewinnbringender Investitionen zu ermöglichen, die die gesamte technische Grundlage des Produktionssystems hätten umwälzen können. Diese Periode war deshalb durch eine relativ niedrige Profitrate gekennzeichnet. Trotzdem wuchs überall das Industrieprodukt insgesamt, wenn auch in einem langsameren Rhythmus als in der

vorangegangenen Epoche. In der Landwirtschaft, die mit den Einfuhren aus Übersee zu konkurrieren hatte, waren die Auswirkungen der Krisen viel schärfer spürbar.

Die gründlichsten und wichtigsten Veränderungen hatten jedoch mit der Rolle zu tun, die der Staat für die Wirtschaft zu spielen begann. Mit der einzigen Ausnahme Großbritanniens, das als Welthandelszentrum den Freihandel beibehielt und nur mit einigen Sozialgesetzen in die industriellen Beziehungen eingriff, trafen alle anderen Industrieländer politische Maßnahmen, die schon damals von allen Fraktionen des Liberalismus als charakteristisch für einen »kollektivistischen Protektionismus« gefährlicher Art beklagt wurden. Um das nationale Kapital und die Landwirtschaft zu schützen, um die »sozialen Kosten« der kapitalistischen Krise zu lindern und um auf diese Weise eine soziale Revolution zu verhindern, wie man sie am Beispiel der Pariser Kommune von 1871 kennengelernt hatte, begannen die Staaten, neue Funktionen zu übernehmen, die ihnen vorher nicht zugefallen waren. Von nun an garantierten sie nicht mehr nur die allgemeinen Bedingungen der Reproduktion des Kapitals, sondern bestimmten auch über die konkreten Bedingungen. Die Staaten waren noch weit davon entfernt, in bezug auf Investitionen, direkte Förderung und eigene Unternehmen das Ausmaß an Aktivität zu entfalten, das wir heute kennen, wohl aber wurden sie tätig auf den Gebieten des Zollschatzes, der Errichtung großer öffentlicher Infrastrukturanlagen, der Organisation der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes in Bergwerken und Fabriken. Und man darf auch die Auswirkungen nicht vergessen, die eine Politik beschleunigter Rüstung und die Eroberung von Kolonien auf die Wirtschaft der Mehrheit der Industrieländer hatten.

Die Wirtschaftspolitik wurde damals eine der Hauptangelegenheiten des Staates. Wie aber die Politik immer mehr zur Wirtschaftspolitik wurde, so wurde auch die Wirtschaft und mit ihr die gesamte Gesellschaft politisiert. In dem Maße, in dem der Staat in der Wirtschaft intervenierte, sahen sich die Vertreter der verschiedenen Wirtschaftsinteressen und gesellschaftlichen Gruppen gezwungen, sich immer mehr zu organisieren, um auf den Staat Einfluß nehmen zu können, damit er zu ihren Gunsten oder wenigstens nicht gegen ihre Interessen interveniere. So entstanden oder wuchsen in dieser Zeit die großen Verbände der Industrie, der Landwirtschaft, des Bergbaus, des Bankwesens, der Arbeitgeber, der Hersteller bestimmter Waren, des Handels, die starken Gewerkschaften, die organisierten Massenbewegungen, die modernen politischen Parteien. Es war der Beginn eines gesellschaftlichen Prozesses, den die neue Wissenschaft der Soziologie dann als »Fundamentaldemokratisierung« bezeichnen sollte, der aber von Anfang an mit einer starken Tendenz zur Bürokratisierung verknüpft war, die notwendig erschien, damit die Organisation ihre Aufgaben gegenüber dem kapitalistischen Staat und gegenüber den Organisationen anderer sozialer Klassen erfüllen konnten.

Diese grundsätzliche Veränderung der Rolle des Staates bedeutete auch, daß der Nationalstaat zum natürlichen Raum nicht nur für die politischen Entscheidungen im engeren Sinne, sondern auch für die kapitalistische Entwicklung wurde, zum Raum, von dem aus das national organisierte Kapital den Teil des Weltmarktes zu erobern suchte, der ihm gerecht und notwendig erschien. Wenn wir zu dieser Tatsache der nationalen Organisation des Kapitals den Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals hinzunehmen, der im Verlauf der Depression stattfand und zur Bildung großer Oligopole und Trusts führte, und wenn wir außerdem noch das wachsende Gewicht des Bankkapitals und seine Vereinigung mit dem Industriekapital zum Finanzkapital berücksichtigen, dann haben wir als Ergebnis der ersten Großen Depression fast das gesamte Panorama dessen vor uns, was Lenin

20 Jahre später als Monopolkapitalismus in der imperialistischen Phase der Entwicklung des Weltkapitalismus beschrieben hat.

Wir ziehen jedoch den Begriff des »organisierten Kapitalismus« vor, wie er zuerst von Rudolf Hilferding benutzt worden ist, weil dieser Begriff außer der nationalen Organisation des Kapitals unter der Hegemonie des Finanzkapitals eine starke Beteiligung des Staates an der Planung und Entwicklung der Wirtschaft und einen hohen Grad gesellschaftlicher Organisation einschließt.⁴

II. Die zweite Große Depression 1914/18 - 1939/45 und ihre Ergebnisse

Die Jahre zwischen dem Ende der ersten Großen Depression und dem Ersten Weltkrieg waren dann durch die Konkurrenz mehrerer (national) organisierter Kapitalismen gekennzeichnet, innerhalb derer die systematische Anwendung und Entwicklung der neuen Technologien durch die großen Konzerne, die steigende Arbeitsproduktivität und der Zufluß relativ billiger Rohstoffe aus der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems eine ziemlich hohe Profitrate ermöglichten und ein Wirtschaftswachstum erlaubten, das von den marxistischen Theoretikern nicht vorhergesehen worden war und bis zu einem gewissen Punkt die Integration der Arbeiterklasse in die nationalen Gesellschaften und Staaten förderte. An der Seite Großbritanniens etablierten sich die neuen kapitalistischen (und imperialistischen) Mächte: die USA, Deutschland, Frankreich, Japan und in geringerem Grade auch Italien, Österreich, Rußland und andere Nationen.

Wie wir wissen, mündete dieser neue Aufschwung des Kapitalismus in den Ersten Weltkrieg, der die Strukturen des organisierten Kapitalismus noch verfestigte. Selbst Großbritannien sah sich nun gezwungen, Maßnahmen eines »Kriegssozialismus« zu ergreifen, die im Grunde eine Annäherung an die gesellschaftliche Organisation der anderen nationalen Kapitalismen bedeutete. Die Veränderungen des britischen Kapitalismus waren jedoch nicht ausreichend, um zu verhindern, daß aus dem imperialistischen Krieg eine neue Hegemonialmacht innerhalb des kapitalistischen Weltsystems emporstieg: die USA.

Die wichtigsten unmittelbaren Ergebnisse des Krieges waren jedoch andere:

Erstens die Russische Revolution von 1917, die nicht nur dieses große Land aus dem kapitalistischen Weltsystem herauslöste, sondern auch zeigte, in welcher ernsthaften Gefahr sich die kapitalistische Produktionsweise zumindest in Europa befand.

Und zweitens die neue Große Depression, eine neue Folge zyklischer Krisen, die in der sogenannten Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 gipfelte. Im Unterschied zur ersten Großen Depression war die zweite nicht nur begleitet von einem Fall der Profitrate, sondern auch von einem Rückgang der Wachstumsrate der industriellen Produktion, einem enormen Rückgang des Volumens des Welthandels, der Zerstörung des Weltwährungssystems, das auf dem Pfund Sterling basierte, und einer enormen Steigerung der Arbeitslosigkeit, die noch stärker fühlbar wurde, weil die USA seit dem Krieg begonnen hatten, die Einwanderung zu bremsen und zu kontrollieren und auf diese Weise ihren Arbeitsmarkt zu schützen. Das kapitalistische Weltsystem schien nicht nur von außen, sondern auch von innen ernsthaft bedroht.

Es ist hier nicht nötig, sich bei den politischen Konsequenzen aufzuhalten, die diese Situation in den verschiedenen kapitalistischen Industrieländern hervorrief. Man muß nur festhalten, daß der Faschismus in seinen unterschiedlichsten Ausdrucksformen ebenso wie die

Massendemokratie trotz aller enormen Unterschiede, die zwischen diesen bürgerlichen Formen politischer Herrschaft existieren mögen, innerhalb des Rahmens des Organisierten Kapitalismus blieben. Besser gesagt: Sie waren die Ergebnisse unterschiedlicher Tendenzen dieses Organisierten Kapitalismus.

So erklärt es sich, daß nach der Krise von 1929 praktisch alle kapitalistischen Staaten wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen haben, die den Ideen von John Maynard Keynes entsprachen und eine weitere enorme Zunahme staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft bedeuteten. Man muß hier feststellen, daß sich die berühmte Allgemeine Theorie von Keynes auf einige Grundannahmen stützte, die in der Wirklichkeit der dreißiger Jahre, als er sie formulierte, überall gegeben waren. Eine Steigerung der Beschäftigung und eine Politik der Vollbeschäftigung durch die Schaffung zusätzlicher (und sogar künstlicher) Nachfrage von seiten des Staates mußte ohne Förderung inflationärer Tendenzen möglich sein, wenn man voraussetzte, daß die Wirtschaft geschlossen und stationär war und daß eine scharfe Kontrolle der Preise und Löhne oder zumindest ein hoher Grad von Disziplin der Unternehmer und der Gewerkschaften existierte. Diese Situation war mehr oder weniger in den dreißiger Jahren gegeben. Und diese Politik konnte auch noch in offenen und wachsenden Wirtschaften weiter funktionieren, wenn die Regierungen aller wichtigen kapitalistischen Länder sie in gleicher Weise anwandten und in bezug auf die Geldmenge das gleiche Ausmaß an Disziplin aufbrachten. Mit diesen Betrachtungen nähern wir uns schon den Bedingungen für den Aufschwung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg.

III. Die lange Periode der Prosperität

Daß es nach dem Zweiten Weltkrieg in den Ländern des Zentrums des kapitalistischen Weltsystems einen neuen Aufschwung des Kapitalismus gegeben hat, ist zunächst kein Wunder. Es gab eine Arbeiterklasse mit einem durchschnittlich sehr hohen Qualifikationsniveau, die nur beschäftigt zu werden brauchte, um eine rasche Steigerung der Produktion zu sichern. Es gab weiterhin einen in dreißig Jahren von Krisen und Krieg akkumulierten technischen Fortschritt, der nur systematisch angewandt und weiterentwickelt werden mußte, um den Produktionsapparat noch mehr zu erweitern. Die neuen Technologien der Elektronik und der Kunststoffe sowie die verallgemeinerte Nutzung des Verbrennungsmotors boten große Möglichkeiten sowohl zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Innovationen in den Produktionsprozessen als auch zur Steigerung der Beschäftigung durch die Schaffung einer ganzen Palette immer neuer Produkte (und die wissenschaftlich betriebene Produktion der entsprechenden Bedürfnisse bei den Verbrauchern, um diese neuen Produkte auch verkaufen zu können).

Eine höhere Wachstumsrate als Ergebnis einer stärkeren Beschäftigung einer schon existierenden qualifizierten Arbeiterklasse und einer systematischen Anwendung bereits akkumulierten technischen Fortschritts ist sowohl für eine Erholungsperiode nach einer langen Welle der Depression als auch für eine Wiederaufbauperiode nach einer Katastrophe oder nach einem Krieg charakteristisch. In den Ländern, in denen der Zweite Weltkrieg einen bedeutenden Teil des Produktionsapparats zerstört hatte, fielen nun die Erholungs- und die Wiederaufbau-Periode zusammen. So erklären sich die hohen und teilweise sehr hohen Wachstumsraten der industriellen Produktion in den kapitalistischen Ländern des Zentrums nach 1945.

Aber diese Faktoren reichen nicht aus, das Ausmaß und die Dauer der neuen Prosperitätsperiode zu erklären. Es gab andere, zusätzliche Faktoren.

Ein erster Faktor war die enorme Ausweitung der staatlichen Aktivität in der Wirtschaft. Der soziale Wohlstand in der Form der Vollbeschäftigung und eines Netzes der sozialen Sicherheit wurde zu einer der Haupt Sorgen der Wirtschaftspolitik des Sozial- und Wohlfahrts-Staates. Diese vom Keynesianismus gutgeheißenen staatliche Politik der Umverteilung wurde durch die relativ hohen Wachstumsraten möglich gemacht und durch die Konkurrenz mit den sogenannten sozialistischen Ländern sowie durch den Druck der Arbeiterklasse in der Massendemokratie noch zusätzlich angetrieben. Sie sicherte auch für die kurzen Phasen schwacher Konjunktur ein Minimum an politischer Stabilität und Nachfrage, das die Investitionsrisiken beträchtlich herabsetzte. Der Staat steigerte auch außerordentlich seine Investitionen in große Infrastrukturprojekte (Autobahnen, Kraftwerke usw.), wodurch der steigende und massive Gebrauch immer neuer Produkte (Automobile, elektrische Geräte usw.) für den Normalverbraucher nicht nur zu einer realen Möglichkeit, sondern auch zu einem gesellschaftlich akzeptierten kulturellen Bedürfnis wurde.

Der Druck der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die einen größeren Anteil am wachsenden Produkt forderten, ließ nicht zu, daß die an Stabilisierung und Steigerung der globalen Nachfrage orientierte Wirtschaftspolitik je nach Konjunkturlage die staatliche Nachfrage steigern oder senken konnte. Allenfalls war es möglich, die staatliche Nachfrage in Zeiten der Hochkonjunktur auf dem erreichten Stand zu halten, um sie dann in Zeiten nachlassender Konjunktur erneut zu steigern. Die Finanzierung dieser wachsenden staatlichen Nachfrage war nur in dem Maße möglich, wie die Steuerquote in Zeiten der Hochkonjunktur und/oder die Staatsverschuldung anwuchs. Das Ergebnis dieses ganzen Prozesses war das, was Ernest Mandel die »Hypertrophie des bürgerlichen Staates« - seiner Ansicht nach ein notwendiges Kennzeichen des Spätkapitalismus⁵ - nennt, das heißt, ein enormer und noch wachsender öffentlicher Sektor mit starken Bürokratisierungstendenzen ohne Möglichkeit wirksamer demokratischer Kontrolle. Diese Wirtschaftspolitik, die dazu bestimmt war, die Verbindung von Wachstum und Einkommensumverteilung, von Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung zu sichern, konnte jedoch nicht nur gut funktionieren, solange Erholung und Wiederaufbau hohe Wachstumsraten sicherten, sie konnte die Prosperitätsperiode auch bis zu einem gewissen Punkt vertiefen und verlängern.

Ein zweiter Faktor für die Erklärung des Ausmaßes und der Dauer des neuen Aufschwungs des zentralen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg war die Öffnung der Wirtschaften gegenüber dem Weltmarkt. Der wachsende freie Handel mit Waren, Kapital und Technologien erlaubte eine größere Spezialisierung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung und eine stärkere Ausnutzung der Vorteile der Produktion auf großer Stufenleiter durch die großen transnationalen Konzerne, in die sich die bisherigen nationalen Oligopol-Unternehmen verwandelten. Es gab jedoch zwei Gebiete, auf denen ein starker Protektionismus beibehalten wurde. Eins dieser Gebiete war der Arbeitsmarkt: Die Einwanderung von Arbeitskräften aus den halbperipheren und peripheren Ländern wurde nur in dem Maße geduldet, wie zusätzliche Arbeitskraft benötigt wurde, um das Produktionsniveau zu erhalten, ohne die Vollbeschäftigung zu gefährden. Eine stärkere Einwanderung hätte von den Unternehmern ausgenutzt werden können, um die Lohnkosten zu senken, hätte aber auch ungleich höhere Kosten für das System der sozialen Sicherheit bedeutet. Vor die Alternative gestellt, entweder die Vollbeschäftigung und die Wirksamkeit des Systems der sozialen Sicherheit zu erhalten oder die Freiheit auf dem internationalen Arbeits-

markt zu proklamieren, hatten die Politiker der zentralen Länder des kapitalistischen Weltsystems keine großen Schwierigkeiten, sich zu entscheiden. Die wachsende Ungleichheit der Situationen auf den Arbeitsmärkten der zentralen und der peripheren Länder hatte mehrere Konsequenzen: eine immer größere Differenzierung der Löhne im Weltmaßstab für die Arbeiter mit geringer oder gar keiner Qualifikation, eine Spezialisierung der zentralen Wirtschaften auf die Produktionszweige mit hoher Kapitalintensität und einen zunehmend ungleichen Austausch von Arbeitsstunden zwischen den zentralen und peripheren Wirtschaften.

Das andere Gebiet, auf dem eine starke Protektion beibehalten wurde, war die Landwirtschaft. Das hatte ebenfalls mit der Politik der Vollbeschäftigung zu tun. Um den Bauern ein genügend hohes Einkommen zu garantieren und auf diese Weise ihren massenhaften Eintritt in den Arbeitsmarkt der Industrie und der Dienstleistungen zu verzögern, wurden für die landwirtschaftlichen Produkte hohe Preise festgesetzt, was eine zunehmende Überproduktion auf der Grundlage außerordentlich hoher Arbeits- und Boden-Produktivität zum Ergebnis hatte. Diese Überproduktion muß entweder vernichtet oder unter den Weltmarktpreisen verkauft oder im Rahmen der Programme gegen den Hunger in der Welt verschenkt werden. Diese Politik, die wegen der doppelten Kosten für die Verbraucher und die Steuerzahler nach streng wirtschaftlichen Kriterien offensichtlich absurd ist, hatte jedoch Auswirkungen, die noch mehr zur Verlängerung der Prosperitätsperiode im Zentrum beitragen, in dem Maße nämlich, in dem sie Kapazitäten möglicher Konkurrenten auf diesem Gebiet zerstörte und auf diese Weise die übrigen Produkte, die von den Peripherieländern kommerzialisiert werden, noch mehr verbilligte.

Was also die wachsende Konzentration der internationalen Einkommensstruktur ermöglicht hat, war weder eine generelle Politik des Freihandels, noch eine generelle Politik des Protektionismus, sondern eine Politik, wie sie Dieter Senghaas für eine autozentrierte Entwicklung der unterentwickelten Länder vorschlägt, nämlich eine »selektive Dissoziation« vom Weltmarkt seitens der Länder des Zentrums.⁶

Ein dritter Faktor, der zur Verlängerung der Prosperitätsperiode im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems beitrug, ist schon genannt worden: die niedrigen Rohstoffpreise und besonders das lange Zeit ultrabillige Erdöl, das als Energiequelle und Rohmaterial höchste Bedeutung für die dynamischsten Industrien der Epoche hatte: die Automobilindustrie, die Elektroindustrie und die chemische Industrie. Auf der Grundlage des niedrigen Ölpreises wurde der technische Fortschritt geplant, wurden die Produktivkräfte entwickelt und das gesamte Wirtschaftswachstum strukturiert. Das blinde Vertrauen gemäß der Theorie der »wissenschaftlich-technischen Revolution« in die Eindimensionalität des technischen Fortschritts verleitete auch die sogenannten sozialistischen Länder dazu, die Produktivkräfte nach denselben Kriterien zu entwickeln wie die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Es ist daher nicht erstaunlich, daß auch die unterentwickelten Länder, die kein Erdöl fördern, ihre Industrialisierungsprojekte in derselben Weise entwarfen.

Als einen vierten Faktor zur Erklärung des Ausmaßes und der Dauer der letzten Prosperitätsperiode im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems könnte man die Tatsache erwähnen, daß für eine ziemlich lange Zeit als unbestritten galt, daß der Wirtschaft der USA im kapitalistischen Weltsystem die Führungsrolle gehörte, daß das Weltwährungssystem auf der Grundlage des Dollars als Reservewährung und als internationales Zahlungsmittel stabil war und daß eine ausreichende Menge von Dollars vorhanden war, um ein reibungsloses Funktionieren des sich ausdehnenden Weltmarktes zu garantieren.

IV. Die Anfänge der dritten Großen Depression

Dieselben Faktoren, die für einige Zeit dazu beigetragen hatten, die Periode der Prosperität in den zentralen Wirtschaften zu vertiefen und zu verlängern, waren es, die dann die Krise hervorriefen und verschärften, als schließlich die hohen Wachstumsraten, die für die Zeiten der Erholung und des Wiederaufbaus charakteristisch gewesen waren, endgültig verschwanden.

Das permanente Defizit in der Zahlungsbilanz der USA zerstörte das Vertrauen in den Dollar und in die Stabilität des Weltwährungssystems, was dazu beitrug, überall inflationäre Prozesse in Gang zu setzen, die kaum kontrollierbar waren.

Die unbegrenzte Verwendung und Verschwendung des ultrabilligen Erdöls sorgte dafür, daß sich die Regierungen der erdölexportierenden Länder klar darüber werden konnten, daß sie ein Monopol für einen Rohstoff besaßen, der einerseits nur begrenzt vorhanden, andererseits aber für das in der ganzen Welt verfolgte Wachstumsmuster unentbehrlich ist. Sie steigerten also den Preis des Erdöls in einem nie zuvor gekannten Ausmaß mit den entsprechenden und vorhersehbaren Konsequenzen für die Handelsbilanz der importierenden Länder.

Die Vollbeschäftigung und der Schutz des Arbeitsmarktes führten zu Lohnsteigerungen, die über die Erhöhungen der Arbeitsproduktivität hinausgingen, was die Unternehmen in Industriezweigen mit hoher Arbeitsintensität dazu trieb, ihre Produktion in andere Teile der Welt zu verlagern, in denen niedrigere Löhne gezahlt wurden.⁷

Die Freihandelspolitik der fortgeschrittenen Länder drohte, sich in dem Maße gegen sie selbst zu richten, wie sich die transnationalen Unternehmen und Banken in ihren Investitionsentscheidungen von ihren Ursprungsländern unabhängig machten.

Die Politik einer wachsenden staatlichen Nachfrage ließ es zu, daß »ineffiziente« und weniger produktive Einzelkapitale nicht in ausreichender Menge vernichtet wurden, um eine hohe Durchschnittsprofitrate aufrechtzuerhalten.

Die Subventionen für die Landwirtschaft, die unkontrollierbaren Kosten für die öffentlichen Infrastrukturanlagen und die hohen und wachsenden Kosten für das Netz der sozialen Sicherheit bedeuteten ein immer stärkeres Ansteigen der öffentlichen Ausgaben, was bewirkte, daß sowohl die Steuern als auch die Haushaltsdefizite und die Verschuldung des Staates anstiegen, mit allen Folgen und Implikationen, die das für die Profitrate und für das Preisniveau hat.

Außerdem war die Gesetzgebung in vielen Bereichen während der langen Prosperitätsperiode unter der Annahme erfolgt, daß hohe Wachstumsraten und Vollbeschäftigung für eine unbestimmte Zukunft würden aufrechterhalten werden können, was zur Folge hatte, daß die Umverteilungseffekte mit dem Rückgang des Wachstums und der Steigerung der Arbeitslosigkeit unverhältnismäßig wachsen mußten. Diese Situation stellt daher den Staat vor die Alternative, entweder mit den Umverteilungsmaßnahmen fortzufahren und das Wachstum zu gefährden oder eine Politik des Wachstums durch das Angebot günstiger Investitionsmöglichkeiten zu betreiben und dafür die Umverteilung zu beschneiden. Dies ist die Entscheidung, vor der insbesondere die europäische Sozialdemokratie steht, die sich mehr als andere politische Strömungen mit der Wirtschaftspolitik des Keynesianismus identifiziert hat. Im ersten Fall erscheint der Staat als unverantwortlich gegenüber der Bourgeoisie und den Mittelklassen, die deshalb mit ihren Investitionen dorthin gehen werden, wo die Zinsen höher, die Steuern niedriger und die Profitaussichten günstiger sind.

Im zweiten Fall schafft er eine massive Unzufriedenheit unter den Empfängern von Sozialhilfe und Subventionen. Der Staat erscheint in beiden Fällen (und auch bei dem Versuch, einen Mittelweg einzuschlagen) als Träger der Verantwortung für die Wirkungen, die die Krise auf das tägliche Leben der Leute hat. Aber nicht nur das: Während in den früheren Großen Depressionen breite Teile der Arbeiterklasse und der Schichten mit niedrigerem Einkommen das kapitalistische System selbst als verantwortlich für die Krise identifiziert hatten, machen sie heute für dieselbe Krise den ineffizienten und zunehmend bürokratischen Staat verantwortlich, der nach ihrer Ansicht nicht fähig ist, genügend kapitalistisch zu sein, um als Sozialstaat gut funktionieren zu können. Das ist der Grund, warum es wenig wahrscheinlich erscheint, daß die kapitalistischen Krisen der dritten Großen Depression in eine Krise *des* Kapitalismus einmünden.

Damit das geschähe, müßte es außer den kapitalistischen Krisen die reale und sichtbare Möglichkeit einer alternativen Produktionsweise geben, die den konkreten Bedürfnissen der Arbeiterklasse besser entspräche. Das war der Fall in den beiden früheren Großen Depressionen, als die sozialistische Zukunft oder die Russische Revolution im Vergleich mit dem Elend, in dem die Arbeiter und Arbeitslosen lebten, große Erwartungen weckten. Die sogenannten sozialistischen Länder von heute bieten für die Arbeiterklasse der zentralen Länder des kapitalistischen Weltsystems diese Art von Perspektive nicht. Und das nicht nur, weil sie mit allen Folgen, die das für die Entwicklung der Produktivkräfte hat, (und mit quantitativ schlechteren Ergebnissen) dieselbe Art der Organisation des Produktionsprozesses übernommen haben wie die kapitalistischen Unternehmer⁸, sondern auch, weil sie sich derart in den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung eingefügt haben⁹, daß sie von der neuen Großen Depression fast in demselben Ausmaß berührt und betroffen wurden wie die zentralen kapitalistischen Länder, teilweise sogar noch stärker. Es ist bezeichnend, daß die Wirtschaftskrise genau in den beiden Ländern (nämlich Rumänien und Polen) ein größeres Ausmaß erreicht hat, an deren Außenhandel der Anteil des Handels mit den kapitalistischen Ländern am größten ist. Die Ereignisse in Polen seit 1980 haben den westeuropäischen Arbeitern außerdem gezeigt, daß die Partei, die dort den wirtschaftlichen und politischen Prozeß im Namen der Arbeiterklasse leitet, keineswegs der treue Interpret der unmittelbaren und konkreten Bedürfnisse der großen Masse der Arbeiter und der Bevölkerung im allgemeinen ist.

Der sogenannte »real existierende Sozialismus« stellt also für die Arbeiter der Länder des kapitalistischen Zentrums keine wirkliche Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise dar. Und auch die Projekte der sogenannten »alternativen« Gruppen (der Ökologen, der »Grünen« usw.) tun das nicht, weil die Produktionsweisen, die sie verfechten, eher komplementär zur kapitalistischen Produktionsweise sind. Solange nun aber keine reale und sichtbare Alternative zum Kapitalismus existiert, ist es wahrscheinlich und geradezu sicher, daß die qualitativen Veränderungen, die von einer Großen Depression zu erwarten sind und die Probleme, die mit ihr auftreten, Veränderungen sein werden, die sich innerhalb des kapitalistischen Schemas bewegen. Bevor wir jedoch in die Diskussion dieser sich schon ankündigenden Veränderungen eintreten, ist es nötig, einen Blick auf die Entwicklung des Kapitalismus in Lateinamerika in den letzten fünfzig Jahren zu werfen.

V. Die Industrialisierungsversuche in Lateinamerika

Anfänglich entsprach die Industrialisierung durch Substitution von Importen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern nicht einer überlegten und geplanten Politik, sondern sie ergab sich als Möglichkeit und Notwendigkeit angesichts der schwierigen Situation des Welthandels nach der Krise der Jahre 1929 bis 1933. Der enorme Rückgang der Exporte schwächte die gesellschaftliche Macht der Rohstoffexporteure und der sogenannten Kompradorenbourgeoisie so sehr, daß sie das Kräfteverhältnis zugunsten einer Industriebourgeoisie verschob, die wachsen konnte, weil sie den Schutz genoß, den ihr zuerst die zweite Große Depression selbst und dann der Zweite Weltkrieg boten. Aber im Verlauf relativ weniger Jahre entwickelte sich aus dieser Situation ein überlegter und geplanter Protektionismus mit wachsender Intervention des Staates in die Wirtschaft, ein »kollektivistischer« Protektionismus, der seit der Gründung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (ECLA) mit der theoretischen Begründung und Absegnung durch die entwicklungsorientierten Denker dieser hoch angesehenen internationalen Institution rechnen konnte.

Es ist hier weder möglich noch nötig, den gesamten Prozeß der Industrialisierung durch Substitution von Importen zu analysieren. Was uns interessiert, ist die Tatsache, daß in diesem Prozeß im Zeitraum weniger Jahrzehnte alle Tendenzen zusammengefloßen sind, die in den fortgeschrittenen Ländern während eines ganzen Jahrhunderts allmählich als praktische Antworten auf die Herausforderungen, die die Großen Depressionen konkret mit sich brachten, entstanden waren, und das unter den erschwerten Umständen politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Abhängigkeit und des Rückstands der Produktivkräfte in großen Teilen der Landwirtschaft. Innerhalb ganz weniger Jahrzehnte entwickelte sich auf diese Weise ein »organisierter Kapitalismus« mit allen oben beschriebenen Eigenschaften, aber mit einem Staat, der fast von Anfang an mehr Funktionen übernahm als der typische europäische Staat vor dem Ersten Weltkrieg. Um seine Rolle in diesem Prozeß zu erfüllen, mußte der Staat nicht nur die Industrie schützen und Infrastrukturanlagen errichten, sondern auch die Industrialisierung aktiv fördern, große Investitionen selbst durchführen, große Unternehmen gründen, viele Leute beschäftigen, Sozialleistungen verteilen und eine keynesianische Konjunkturpolitik betreiben.

Dieser Industrialisierungsprozeß war solange wenig problematisch, wie es sich darum handelte, den Import von Massenkonsumgütern zu substituieren, die mit relativ einfachen Technologien und relativ arbeitsintensiven Produktionsmethoden hergestellt wurden. In dem Maße aber, in dem die Industrialisierung in den verschiedenen Ländern in die Phase der Produktion von dauerhaften Konsumgütern für einen beschränkten Binnenmarkt und mit hohen Kapitalkosten eintrat, begannen die Probleme.

Dieses Industrialisierungsmuster führte nun zu hohen Produktionskosten bei gleichzeitiger Schwierigkeit, optimale Betriebsgrößen zu erreichen. Seine Beibehaltung bedeutete hohe Haushaltsdefizite, eine wachsende Auslandsverschuldung und steigende Inflationstendenzen. Aber die Probleme beschränkten sich nicht auf den rein wirtschaftlichen Bereich. In dem Maße, in dem die Wirtschaftspolitik zur Haupt Sorge des Staates wurde, politisierte sich die Ökonomie und ökonomisierte sich die Politik. Die Gewerkschaften, die Berufsverbände, die Unternehmerverbände und die politischen Parteien wuchsen, gewannen an Stärke und schlossen Bündnisse, um zur Verteidigung ihres Anteils bei der Verteilung des Wirtschaftsprodukts mehr Einfluß auf den Staat nehmen zu können. Es ergab sich so ein

Demokratisierungsprozeß mit starken nationalistischen und sozialistischen Tendenzen, während sich gleichzeitig als Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung die Verstädterung, begleitet von der Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung, beschleunigte. In den sechziger Jahren und zu Beginn der siebziger sorgte diese Situation dafür, daß die Revolutionäre der Welt in Lateinamerika die Bühne für einen nahen Triumph des Sozialismus sahen.

Man kann sagen, daß die Analysen über die Undurchführbarkeit dieser protektionistischen Industrialisierungsstrategie, wie sie die linken Kritiker (mit ihrem Abhängigkeits-Ansatz) anstellten, ziemlich genau mit denen der liberalen Ökonomen übereinstimmten. Nur gab es einen grundsätzlichen Unterschied: Für die ersten bedeutete die Krise des Modells die endgültige Krise des Kapitalismus an der Peripherie des Weltsystems, eines Kapitalismus, der schon so geschwächt war, daß ihn die Massen mit ein wenig mehr Kampfbereitschaft würden beseitigen können, während die anderen die Krise des Modells als eine Krise des »sozialisierenden Etatismus«, wie Pinochet das heute ausdrückt, analysierten.

Für die Zwecke unseres Artikels interessieren uns hier aber vor allem zwei Dinge: Erstens vereinigte die Strategie der Industrialisierung durch Substitution von Importen in sich die Hauptmerkmale in bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und kapitalistischer Wirtschaft, wie sie sich im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems entwickelt hatten. Und zweitens scheiterte und erschöpfte sich dieser Versuch einer geplanten kapitalistischen Industrialisierung (Ausnahmen sind möglicherweise Brasilien und Mexiko), noch *bevor* die ersten Auswirkungen der dritten Großen Depression im Zentrum voll spürbar wurden. Auf diese Weise waren, als die Länder des Zentrums in die Periode der dritten Großen Depression eintraten, die Lösungen schon bekannt, die man in Lateinamerika gefunden hatte, um die scheinbar ausweglose Situation zu überwinden, und konnten so als Muster dienen.

VI. Die Lösung nach chilenischem Muster

Ironischerweise hat ein von Keynes selbst entworfener internationaler Organismus, nämlich der Internationale Währungs-Fond, am stärksten darauf hingearbeitet, zu verhindern, daß die Politik der Überwindung von Konjunkturkrisen durch Steigerung der staatlichen Nachfrage überall angewandt wurde. Die von Keynes vorgeschlagene, auf Stimulierung der Nachfrage zielende Politik verlangte nämlich als Gegenstück ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht der verschiedenen nationalen Wirtschaften, und der IWF war die Organisation, die damit beauftragt war, dafür zu sorgen, daß die Länder mit einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht schnell zum Gleichgewicht zurückkehrten. In dem Maße aber, in dem das Ungleichgewicht in vielen unterentwickelten Ländern, die sich zu industrialisieren suchten, chronisch wurde, verlangte der IWF von ihnen die Anwendung immer strengerer Programme: Senkung der öffentlichen Ausgaben, Erlaubnis der freien Einfuhr von Kapital und Waren, Senkung der Lohnkosten usw. usw. Da die Analysen des IWF ausschlaggebend für die Kreditfähigkeit dieser Länder sind, blieb ihnen keine andere Möglichkeit als seinen Instruktionen zu folgen, um so den Zufluß neuer Kredite zu sichern. Tatsächlich waren die Programme, die der IWF den ungleichgewichtigen unterentwickelten Wirtschaften auferlegt hat, niemals etwas anderes als eine Politik, die darauf gerichtet war, statt der Nachfrage das Angebot anzureizen, eine Politik also, deren soziale Konsequenzen in einem großen Teil der Welt wohl bekannt sind und die nur in den Ländern des

Zentrums des kapitalistischen Weltsystems als der letzte Schrei der Wirtschaftswissenschaften, als die neue Alternative zum Keynesianismus verkauft werden kann.

Als in vielen lateinamerikanischen Ländern die Strategien der Industrialisierung durch Importsubstitution scheiterten, war die Durchsetzung dieser angebotsorientierten Politik der einzige Weg, um diese Länder innerhalb des kapitalistischen Systems zu halten. Und in mehreren Ländern war das nicht anders möglich als durch einen Militärputsch.

Chile ist für unsere Überlegungen der interessanteste und wichtigste Fall. Und das nicht nur, weil die gesellschaftliche und politische Entwicklung vor dem Putsch zu einem ernsthaften Versuch geführt hatte, das kapitalistische Funktionieren der Wirtschaft durch etwas anderes zu ersetzen, sondern vor allem, weil das ultraliberale und monetaristische Wirtschaftsteam der Militärregierung es verstanden hat, sich nach dem Putsch von 1973 schnell innerhalb des Machtblocks durchzusetzen, und so seine Entscheidungsgewalt weit über die reine Wirtschaftspolitik hinaus ausdehnen konnte, um sowohl die Wirtschaft, als auch Staat und Gesellschaft außerordentlich konsequent (und nach den eigenen Kriterien erfolgreich) neu zu gestalten.

Das Hauptziel dieser chilenischen Wirtschaftsexperten unter der Führung von Sergio de Castro und Alvaro Bardón und unter dem Schutz von Präsident Pinochet, besteht nicht darin, eine Wirtschaftspolitik durch eine andere zu ersetzen, sondern, soweit das möglich ist, jeder Art von staatlicher Wirtschaftspolitik ein Ende zu setzen. Wir könnten ihr Hauptziel die »Desorganisation« des organisierten Kapitalismus nennen. Sie soll zur Schaffung einer »freien Gesellschaft« (gemäß dem Sprachgebrauch des »Wall Street Journal«) führen, in der die unbeschränkte wirtschaftliche Freiheit jedes Einzelnen die Grundlage aller anderen Freiheiten wäre.

Man hat oft darauf bestanden, daß das chilenische Militär-Regime die Kombination eines extremen Manchester-Liberalismus in der Wirtschaft mit einem extremen Anti-Liberalismus in der Politik darstelle. Das ist aber nicht so. Das chilenische Militär-Regime folgt dem Ultra-Liberalismus in jeder Beziehung. Nach der Ideologie seiner politischen Führer besteht die Hauptaufgabe des Staates darin, das Individuum gegen die gesellschaftlichen und politischen Organisationen zu »schützen«, die, statt ihm zu helfen, nur seine Freiheit und Persönlichkeit zu unterdrücken suchen. Um diesen Schutz des Individuums zu gewährleisten, muß der Staat entschlossen sein, vor keinem Druck organisierter gesellschaftlicher Kräfte zurückzuweichen. Das bedeutet, daß sich seine Autorität in keinem Falle auf ein System der Legitimation stützen darf, das es den gesellschaftlichen und politischen Organisationen erlauben würde, Macht und Einfluß zu gewinnen und so Druck auf den Staat ausüben zu können. Außerdem muß der Staat genügend gerüstet, vorbereitet und entschlossen sein, jeden Versuch der Neubelebung von Organisationen zu verhindern, die die »sozialisierenden« Tendenzen der Vergangenheit wieder zu stärken versuchen. Die direkte Unterdrückung ist aber nicht der einzige Faktor, der bei der Schwächung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen eine Rolle spielt. Wenn der Staat sich durch keinerlei Druck beeinflussen läßt, verlieren die Organisationen, die mit dem Ziel geschaffen worden waren, auf den Staat Druck auszuüben, und die mit jedem Erfolg Macht gesammelt hatten, notwendigerweise wieder an Stärke. Das Ergebnis ist eine Atomisierung der Gesellschaft, ein »Isolierungseffekt«¹⁰, wie er für alle im engen Sinne wirtschaftlichen Sozialbeziehungen kennzeichnend ist, die nicht auch in politischen Sozialbeziehungen einen Ausdruck finden.

Was man in Chile zu erreichen versucht, ist die Entökonomisierung des Staates und die Entstaatlichung der Ökonomie, die Entpolitisierung der Ökonomie und die Entökonomisierung der Politik. Alle sogenannten »Modernisierungen« in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft werden eindeutig und erklärtermaßen in diesem Sinne interpretiert.

Die Strategie der Nicht-Intervention des Staates in die Wirtschaft bietet den Vorteil, als gesellschaftlich neutral zu erscheinen. Natürlich ist sie es nicht. Sie läßt offen Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen zu und diszipliniert so die Gewerkschaften. Sie gestattet Freihandel und hohe Zinssätze und zerstört auf diese Weise »uneffiziente« Kapitale. Sie senkt die Steuern auf hohe Einkommen, kürzt drastisch die öffentlichen Ausgaben und schafft so die Grundlagen für eine langfristig hohe Profitrate. Das heißt, sie begünstigt die einen und benachteiligt die anderen. Sie begünstigt die Reicheren, die Fähigeren, die Beweglicheren, die Schnelleren, die Leute, die ihre Risiken verteilen können, und diejenigen, die besser zu spekulieren wissen. In wenigen Jahren hat sie zu einer enormen Konzentration der Einkommen geführt und eine unglaubliche Zentralisation des Kapitals in den Händen einiger weniger Wirtschaftsgruppen hervorgebracht, die Interessen in allen Wirtschaftsbereichen miteinander verbinden.¹¹

Diese ganze Politik stellt sich selbst mit dem triumphierenden Pathos einer kapitalistischen Revolution dar, einer zweiten Bürgerlichen Revolution, die sich dieses Mal nicht gegen die feudalen Privilegien richtet, sondern gegen die Privilegien, die der kapitalistische Staat in den letzten hundert Jahren unter die gesellschaftlichen Gruppen verteilt hat. Es ist eine im breitesten Sinne des Wortes anti-sozialistische Revolution, wobei Anti-Sozialismus »Opposition gegen alle direkten Regierungseingriffe in den Markt, in wessen Interesse solche Eingriffe auch immer ausgeübt werden mögen«, bedeutet, wie Friedrich August von Hayek, der gegenwärtig bei den chilenischen Regierungs-Ökonomen beliebteste Ideologe, das formuliert.¹²

Der wichtigste Erfolg, den die sogenannten »Chicago boys« von Chile gehabt haben, ist der völlige und unbegrenzte Rückhalt, den sie beim internationalen Finanzkapital genießen, das auf diese Weise den Versuch belohnt, die Profitrate mittels der systematischen Desorganisation des organisierten Kapitalismus zu steigern.

VII. Die Desorganisation des organisierten Kapitalismus als mögliches Ergebnis der dritten Großen Depression

Bis zum Jahre 1979 erschienen Chile und andere Länder, in denen eine ähnliche monetaristische Politik betrieben wurde, als exotische Fälle, die mit der Situation in den Ländern des Zentrums des kapitalistischen Weltsystems nichts zu tun hatten. In einem 1975 in Großbritannien gehaltenen Vortrag hielt es Eric Hobsbawm beispielsweise noch für absolut sicher, daß sich in Zukunft keine Regierung eines Industrielandes den politischen Luxus erlauben könnte, eine Politik zu betreiben, die eine Rückkehr zu Massenarbeitslosigkeit in den Ausmaßen der Zwischenkriegszeit bewirken würde.¹³ Heute gibt es in diesem Land Großbritannien schon fast drei Millionen Arbeitslose als Ergebnis der Wirtschaftspolitik von Frau Thatcher.

Der erste Schreck nach der sogenannten Ölkrise von 1973/74 wurde schnell überwunden. Das Recycling der Milliarden von Petro-Dollars funktionierte zufriedenstellend und sogar besser, als man gedacht hatte. Trotz der hohen Kosten für das importierte Öl konnte die

Bundesrepublik Deutschland ihren Handelsüberschuß 1974 sogar enorm steigern. Alle Welt sprach vom »Modell Deutschland«, das der Welt zeigen würde, wie man einen privilegierten Platz in der Weltwirtschaft mit aktiver Beteiligung des Staates, der transnationalen Unternehmen und der Gewerkschaften und unter Anwendung einer modernen Wirtschaftspolitik keynesianischen Stils erfolgreich erobern konnte.¹⁴ Nach den Regierungswechseln in Großbritannien und den USA und nach der zweiten drastischen Erhöhung der Erdölpreise sieht es heute schon ganz anders aus. 1980 waren Deutschland und Japan die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder mit den höchsten Leistungsbilanzdefiziten. Die Analysen, die man über den »Neo-Korporatismus«, eine Art »super-organisierten Kapitalismus«, angestellt hat, sind offenbar schon nicht mehr gültig. Der Mode entspricht heute eine Politik, die darauf ausgeht, die Rolle des Staates zu vermindern, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, die Steuern zu senken, Subventionen zu streichen, Protektion abzuschaffen, kurz: eine Wirtschaftspolitik, die, wie ihre Vorkämpfer sagen, das Angebot stimulieren müßte, das sich dann schon immer seine Nachfrage schaffen wird.

Um diese Politik zu betreiben, ist es nun aber in einer bürgerlichen Demokratie notwendig, die Mehrheit der Wähler zu gewinnen und jedem Druck gesellschaftlicher Organisationen, woher er auch kommen mag, zu widerstehen. Und hier haben Eric Hobsbawm und andere und wir alle gedacht, daß das niemals möglich sein wird. Aber Margaret Thatcher und Ronald Reagan zeigen, daß es möglich ist. Jedem, der ihnen zuhören will, sagen sie: »Auf Druck reagieren wir nicht.«

Schon mit diesen Worten schwächen sie die gesellschaftlichen Organisationen, die für ihre Mitglieder nichts erreichen können. Das Ziel, die Profitrate langfristig zu erhöhen und die Effizienz und Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu steigern, gilt mehr als der nachlassende Rückhalt bei den Wählern. Außerdem bleiben noch drei oder vier Jahre bis zu den nächsten Wahlen. Wichtiger als das Vertrauen der Wählerschaft ist das Vertrauen des transnationalen Finanzkapitals. Die neue Erhöhung des Erdölpreises hat die Menge der Petro-Dollars enorm gesteigert, für die nun günstige Profitmöglichkeiten angeboten werden müssen. Im Unterschied zur Situation vor sieben Jahren erweist sich das Recycling als sehr schwierig. Es fehlt an guten Schuldnern. Und die besten Schuldner werden die sein, die an der neuen kapitalistischen Revolution gegen den »sozialisierenden Etatismus« teilnehmen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Vertreter dieser neuen kapitalistischen Revolution in demokratischen Wahlen wiedergewählt würden. Aber wenn sie ihre Posten in den Regierungen verlassen, werden ihre Länder nicht mehr dieselben sein wie vorher. Und die anderen Länder auch nicht, denn an der Konkurrenz um das Vertrauen des transnationalen Finanzkapitals müssen alle teilnehmen, ob sie wollen oder nicht. Die transnationalen Unternehmen und Banken (und auch die großen Erdölexporteur) haben sich derartig von der Politik der zentralen Staaten unabhängig gemacht¹⁵, daß schon keine Wirtschaftspolitik mehr möglich ist, die sich auf die Grundannahmen einer geschlossenen Wirtschaft stützt. Es mag sein, daß einige Regierungen angesichts der Wirkung der Krise und mit Rücksicht auf demokratische Wahlen noch versuchen werden, bestimmte Bereiche gegen die Stürme des Weltmarktes zu schützen. Das Wahrscheinlichste ist aber, daß mittelfristig alle zentralen Länder des kapitalistischen Weltsystems an der neuen kapitalistischen Revolution teilnehmen.

Es scheint demnach, daß die qualitative Veränderung, die von der dritten Großen Depression zu erwarten ist, in der Rückkehr zum liberalen Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts, in der Desorganisation des organisierten Kapitalismus nach hundert Jahren Gemeinsamkeit zu suchen wäre.

Es wäre interessant und nicht einmal zu kompliziert, über die Wirkung nachzudenken, die diese Art von Entwicklung auf die internationale Einkommensverteilung haben kann. Es ist aber wichtiger und dringender, zu untersuchen, welche Bedeutung innerhalb der neuen kapitalistischen Revolution die Rüstungspolitik und die so erklärtermaßen antikommunistische Außenpolitik haben.

Es ist hier vielleicht lohnend, zu den Quellen des wirtschaftlichen Liberalismus zurückzugehen. Adam Smith sagt uns, daß es nur zwei Bereiche gibt, in denen die Staatsausgaben unbegrenzt hoch sein können und dürfen: die Repräsentation des Staatsoberhauptes und die Landesverteidigung. Die Ausgaben für die Landesverteidigung wachsen nun mit dem Grad an Zivilisation, den das Land erreicht hat, wobei die Zivilisation das Ergebnis der wirtschaftlichen Freiheit ist, die mit mehr und besseren Waffen gegen die weniger zivilisierten Länder verteidigt werden muß. Für die Ideologen der neuen kapitalistischen Revolution sind nach dieser Denkfigur die verstaatlichenden Sozialdemokraten, die Sozialisten und die Kommunisten die weniger Zivilisierten, die von der Herrschaft des bedrohlichen Totalitarismus befreit werden müssen, um eine höhere Stufe der Zivilisation zu erreichen. Adam Smith glaubte an den Fortschritt und die Ausdehnung der Zivilisation und der wirtschaftlichen Freiheit. Eine kapitalistische Revolution kann nicht leben, ohne an ihre Ausdehnung über die ganze Welt zu denken.

Die erste Große Depression mündete in eine Konstellation, die den Ersten Weltkrieg hervorbrachte. Die zweite Große Depression fand ihr Ende im Zweiten Weltkrieg. Die dritte Große Depression ...

Hier endet das Manuskript.

Anmerkungen

- 1 Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main 1972; Ernest Mandel und Winfried Wolf, *Ende der Krise oder Krise ohne Ende?* Berlin 1977.
- 2 Die Zeitschrift *Review* hat dieser Thematik ein ganzes Heft gewidmet: *Review*, Vol. II, Nr. 4, Binghamton 1979.
- 3 Vgl. Eric J. Hobsbawm, *Die Blütezeit des Kapitals*, München 1977.
- 4 An den Hilferdingschen Begriff des »organisierten Kapitalismus« knüpfen auch die Vertreter der neuen Wirtschafts- und Sozialgeschichte J. Kocka, H.-U. Wehler u.a. - vgl. H.A. Winkler (Hg.): *Organisierter Kapitalismus, Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974 - an, um die historischen Entwicklungen des industriellen Kapitalismus in den wichtigsten kapitalistischen Ländern zwischen 1873 und 1929 zu beschreiben. Daß diese historischen Entwicklungen zum Organisierten Kapitalismus die von Marx beschriebenen Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise - wie von Hilferding, Lenin und den Vertretern des Konzepts des Organisierten Kapitalismus unterstellt - nicht grundsätzlich modifizieren, sondern historisches Produkt der internationalen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in dieser Periode darstellen, hat W. Spohn: *Weltmarkt Konkurrenz und Industrialisierung Deutschlands 1870 - 1914*, Berlin 1977 gezeigt.
- 5 Ernest Mandel, a.a.O., S. 438
- 6 Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt am Main 1977. Zum Wechselverhältnis von internationaler Einkommensverteilung und internationalem Arbeitsmarkt vgl. auch meinen Artikel *Einkommensstruktur und Arbeitsmarkt international*, in *Prokla*, Nr. 42, Berlin März 1981.

- 7 Vgl. Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye, Die internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977.
 - 8 Vgl. Paul Singer, Was heute Sozialismus ist, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 5, Berlin 1981.
 - 9 Vgl. André Gunder Frank, Long Live Transideological Enterprise!, in: Review, Vol. I, Nr. 1, Binghamton 1977.
 - 10 Nicos Poulantzas, Poder político y clases sociales en el estado capitalista, México 1969, S. 159
 - 11 Vgl. Fernando Dahse, El mapa de la extrema riqueza, Santiago 1979.
 - 12 Friedrich August von Hayek, Drei Vorlesungen über Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus, Tübingen 1977. Anfang 1981 wurde von Hayek zum Ehrenpräsidenten des neuen Zentrums für Öffentliche Studien gewählt, das vom Generalstab des chilenischen Ultraliberalismus gegründet wurde, um die Methoden des wirtschaftlichen Denkens auf das Universum aller Wissenschaften auszudehnen.
 - 13 Eric J. Hobsbawm, Die Krise des Kapitalismus in historischer Perspektive, in: Fröbel/Heinrichs/Kreye (Hrsg.), Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek 1981, S. 50.
 - 14 Vgl. beispielsweise Urs Müller-Plantenberg, Die Bundesrepublik Deutschland und die Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 2, Berlin 1978.
 - 15 Zur Bildung des Weltfinanzkapitals und zur Rolle, die dabei die internationalen Finanzzentren spielen, vgl. Xabier Gorostiaga, Die internationalen Finanzzentren in den unterentwickelten Ländern, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 4, Berlin 1980.
- Von Urs Müller-Plantenberg erschien in der PROKLA:
Einkommensstruktur und Arbeitsmarkt international, in: PROKLA Nr. 42
Zur »Effizienz« von Technologie in Entwicklungsländern, in: PROKLA Nr. 42

- Zum Schwerpunkt *Krise-Austeritätspolitik-Neoliberale Konterrevolution* erschienen in der PROKLA u.a. folgende Beiträge:
Schwerpunkt »Krise und Arbeitslosigkeit« in PROKLA 19/20/21
W. Laaser, Fiskalpolitik in der Krise 74/75; *G. Stamatis*, Staatsausgaben und Kapitalreproduktion, beides in: PROKLA Nr. 28
E. Altvater, Austerität-Tendenzen in Westeuropa, in PROKLA Nr. 32,
 Schwerpunkt: *»Sozialistische Alternativen in Westeuropa«*, PROKLA Nr. 37
 Schwerpunkt: *»Internationale (Unter-)Ordnungspolitik«*, PROKLA Nr. 42